



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/284 - 9. 12. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Bundeshaushalt 1956	S. 1
Die SFIO und die französischen Kommunisten	S. 3
Abgeordnetenschicksale der Weimarer Republik/Buchbesprechung	S. 5
Inner noch kein Botschafter für Moskau	S. 6

Haushalt des falsch verteilten Sozialproduktes

Von H.G. Ritzel, MdB.

Bundesfinanzminister Fritz Schäffer hat in seiner Haushaltsrede am 8. 12. 1955 darauf hingewiesen, dass der Entwurf des Bundeshaushalts 1956 mit der Riesensumme von 32 576 472 000 DM abschliesst. Erst die kommende gründliche Behandlung der einzelnen Etatpositionen im Haushaltsausschuss und in den nachfolgenden beiden Beratungen des Bundestages wird Aufklärung darüber verschaffen können, warum im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe gegenüber 1955 von 2 526 000 000 DM vorgesehen ist.

Der Minister hat den Etat unter ein Stichwort gestellt, das nach seiner Mitteilung lautet: "Haushalt der Sicherheit nach innen und nach aussen." In diesem Etatentwurf das Element der sozialen Sicherheit gewahrt zu sehen, ist ein Irrtum. Gerade jetzt haben sich im Ausschuss für Kriegscopfer- und Heilkennerfragen die Regierungsparteien bei der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Grund- und Ausgleichsrenten für Kriegscopfer und ihre Hinterbliebenen entlarvt. Für die neue Aufrüstung verlangt die Regierung mehr als 9 Milliarden DM, für die Kriegscopferversorgung stellt sie nur rund 3,5 Milliarden DM, für die Zuschüsse für die Sozialversicherung rund 3 Milliarden DM und für Kriegsfolgenhilfe und für Arbeitslosenhilfe nur je 0,6 Milliarden DM zur Verfügung.

Die Durchleuchtung des Etats wird klarstellen, dass von einer

Sicherheit nach innen in sozialpolitischer Hinsicht nicht die Rede sein kann. Das gilt auch im Hinblick auf die absolut unzureichenden Ansätze für den Luftschutz der Zivilbevölkerung. Wenn man schon den Luftschutz als sinnvoll bejaht, dann muss man auch den Mut haben, die nötigen Mittel - es handelt sich um hohe Milliardenbeträge - bereitzustellen, damit die Bevölkerung wirklich geschützt wird. Was die Bundesregierung in diesem Etat für diesen Zweck vorschlägt, ist eine armselige Abschlagszahlung und der Versuch, vor allem die Gemeinden mit neuen hohen Kosten zu belasten.

Der Bundesfinanzminister hat viel Zeit darauf verwendet, dem Parlament und der Öffentlichkeit einzureden, dass die im Haushaltsjahr 1955 für Verteidigungszwecke nicht benötigten Milliardenbeträge angesammelt werden müssten. Nach dem Haushaltsplan 1955 stehen 5,2 Milliarden DM allein für den Aufwand für deutsche Verteidigungstreitkräfte und für deutsche Verteidigungseinrichtungen zur Verfügung. In diesem Betrag stecken nicht die Stationierungskosten für fremde Truppen mit 2,9 Milliarden DM. Man rechnete bei Aufstellung des Etats 1955 mit einem Aufwand für 500 000 deutsche Wehrfähige, bis jetzt sind es kaum tausend und was hier nicht ausgegeben wurde, will der Bundesfinanzminister nicht etwa für Renten und andere soziale Leistungen zur Verfügung stellen, sondern für kommende Zeiten aufbewahren. Die Etatdebatte wird hoffentlich klarmachen, was von dieser Art von Politik zu halten ist.

Erachtend ist es, in diesem Zusammenhang die Gedankengänge des Bundesfinanzministers als des in diesem Falle hervorragendsten Vertreters der Regierung Adenauer kennenzulernen, wenn er dem Verlangen auf Erhöhung der Renten, Löhne und Gehälter mit der Behauptung entgegentritt, dass nicht so sehr die gesteigerten Lebenshaltungskosten diese Forderungen begründen als das Verlangen, einen grösseren Hundertteil am gesamten Volkseinkommen zu beanspruchen, weil auch die Einkommen anderer Volksschichten gestiegen seien.

Bei der Verteilung des von Minister Schäffer erwährten Kuchens "Sozialprodukt" setzt der Bundesfinanzminister das Messer verschiedentlich an falscher Stelle an. Ganz irrig ist seine Meinung, dass man in der verlangten Erhöhung der Renten, Löhne und Gehälter eine Gefahr für die deutsche Währung erblicken müsse. Die deutsche Mark ist zweimal zuschanden geworden, aber jedesmal an den Folgen ihrer Entwertung durch Weltkriege, nie aber an den Folgen einer gerechten Verwendung des Sozialprodukts, durch Verbesserung der Renten, der Löhne und der Gehälter.

Im ganzen gesehen spiegelt der Etat mit seiner Riesensumme von 32,5 Milliarden DM nicht nur die Entwicklung der Wirtschaft und die Aufblähung des Behördenapparates wieder, er zeigt vor allem auch, was das deutsche Volk dem verruchten System des Nationalsozialismus an Dauerlasten zu verdanken hat. Dazu treten die riesigen Milliardenausgaben für Verteidigungszwecke, die fast ein Drittel des gesamten Haushalts beanspruchen. Unter solchen Umständen ist nicht anzunehmen, dass die SPD diesem Haushalt ihre Zustimmung wird geben können.

Auch muss auf die ungenügende und damit zum Teil falsche Darstellung der Finanzverhältnisse der Gemeinden hingewiesen werden. Der Bundesfinanzminister sieht einen Durchschnitt, der sich vor allem auf die Steuerkraft der leistungsstarken grossen Städte stützt, er sieht nicht die Bewegungsunfähigkeit, die Verschuldung und zum Teil die Überschuldung der kleinen Gemeinden und Städte, der mittleren Städte und der Landkreise.

Das Dilemma der französischen Sozialisten

b. v. Paris

Der Nationalkongress der Sozialistischen Partei Frankreichs ist zu einem Entschluss gekommen, der von vielen begrüsst, von beinahe ebenso vielen als eine taktische Fehlleistung gewertet wird. Die Entschliessung besagt, dass für die bevorstehenden Parlamentswahlen keine Listenverbindungen mit den Kommunisten eingegangen werden dürfen, und dass statt dessen Wahlbündnisse mit den nach links ausgerichteten bürgerlichen Parteien abzuschliessen seien.

Nicht nur die geringe Begeisterung, mit der diese Entschliessung aufgenommen wurde, zeigt, dass die Auffassungen weit auseinandergehen. Auch die Abstimmungsziffern beweisen es. Denn gegen den Antrag, Wahlbündnisse mit der KP einzugehen, wurden 1979, für den Antrag 1243 Stimmen (bei 324 Stimmenthaltungen) abgegeben. Nun wäre es grundfalsch, hieraus etwa den Schluss ziehen zu wollen, die 1243 Stimmen seien von Leuten abgegeben worden, die eine Vorliebe für die KP im Herzen tragen. Vielmehr muss man aus den das Wahlbündnis mit der KP befürwortenden Reden schliessen, dass den Ja-Sägern eine Orientierung nach links lieber gewesen wäre, als eine nach rechts, und dass sie erhebliche Mandatsverluste befürchten.

Auch die Köpfe der Partei scheinen nicht davon überzeugt, dass ihr Beschluss nicht zu einer Schrumpfung der Parlamentsfraktion führen wird. Jedenfalls erklärte der frühere Ministerpräsident Christian Pineau, es sei besser, 30 oder 50 Mandate zu verlieren, als ein Wahlbündnis mit der KP einzugehen. Wenn der Kongress schliesslich nach langer Debatte die Entschliessung annahm, eine Republikanische Front zu bilden (mit 2474 Stimmen gegen 667, bei 378 Enthaltungen), so geschah dies ohne jede Begeisterung und lediglich deswegen, weil man mit einer negativen Entschliessung allein nicht auseinandergehen konnte.

Listenverbindungen müssen bis zu einem bestimmten Datum bei den Provinz-Präfekturen angemeldet und von den Parteiführungen genehmigt sein. Die sozialistischen Gruppen, die in ihren Provinzen für Wahlbündnisse mit der KP eintreten, können sich daher nicht selbständig über den Parteibeschluss hinwegsetzen. Da sie aber zum grossen Teil

die von Christian Pineau ausgedrückte Meinung nicht teilen, scheinen sie versuchen zu wollen, zu Privatabmachungen mit der jeweiligen KP-Leitung der Provinz zu gelangen. Sie sind der Auffassung, es sei besser, einen einzigen Kammersitz zu retten, als ihre auf verlorenen Posten abgegebenen Stimmen im luftleeren Raum verschwinden zu sehen. Ob solche privaten Absprachen aber überhaupt möglich sind, wird ebenso bezweifelt, wie es als waghalsig angesehen wird, gegen den Parteibeschluss ankämpfen zu wollen.

Die Rechtsparteien, zu denen nun auch die katholischen Volksrepublikaner gerechnet werden, haben sich hingegen zu einem festen Wahlblock zusammengefunden. Die Volksrepublikaner nehmen keinen Anstoß daran, sich mit sehr weit rechtstehenden Gruppen zu verbünden - nicht, weil sie deren Auffassungen teilen, sondern aus wahltechnischen Überlegungen. Denn gerade bei den Mittelparteien zeigt sich eine starke Tendenz zur Zersplitterung, der die Volksrepublikaner sich zu entziehen suchen. Wenn alle Splittergruppen, deren Existenz sich bereits bemerkbar macht, in den Wahlkampf ziehen könnten, würden sie allein mehr als zwanzig "Parteien" darstellen.

Der Wahlerfolg - oder Misserfolg wird zeigen, ob die Sozialisten gut daran taten, der Auffassung Guy Mollets, Pineaus und anderer zu folgen. "Man schliesst kein Bündnis mit dem Teufel", erklärte erhobenen Hauptes einer der Befürworter der Ablehnung jedes Wahlbündnisses mit der KP. "Wir wollen keine Volksfront, auch nicht etwas Ähnliches", erklärten andere. Es gäbe jedoch ein unvollständiges Bild der Lage, wollte man nicht auch anführen, dass entgegengesetzte, sehr bittere Stimmen zu hören waren. "Es scheint, dass wir die einzigen sein werden, die ein Wahlbündnis ablehnen und dabei von vornherein zugestehen, dass uns dieser Entschluss bis zu fünfzig Mandate im Parlament kosten kann; andere sind weniger zimperlich."

Die nunmehr beschlossenen Listenverbindungen mit den Radikalen und den anderen links ausgerichteten kleineren Gruppen zeigen, dass die Sozialisten sich mit genau den Kräften verbünden, die während der Regierungszeit von Mendès-France dessen Parlamentsmehrheit bildeten. Man kann es auch so fassen, dass man sagt, das Bündnis erstreckte sich auf diejenigen Gruppen, die als "reformistisch" gelten. Fraglich bleibt nur, was nach der Wahlschlacht von diesen Gruppen übriggeblieben sein wird.

"Hohes Haus in Henkers Hand"

E.R. Walter Hammer bezeichnet sein eben erschienenes Buch als eine "Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier." Es ist dem langjährigen Präsidenten des Deutschen Reichstages, Paul Löbe, zu seinem 80. Geburtstage am 14. Dezember 1955 gewidmet.

Der Verfasser nennt 535 Namen früherer und gegenwärtiger Parlamentarier und beschreibt - je nach Quellenlage mehr oder weniger vollständig - ihre Schicksale in den "tausend Jahren" und die Stationen ihres öffentlichen Wirkens im Reichstag, in den Landtagen oder in kommunalen Vertretungskörperschaften. Darunter sind 260 Abgeordnete der SPD, 104 der KPD, 62 des Zentrums, 30 der Demokraten, 18 der NSDAP, elf der Deutschnationalen und fünf der USPD. Die Liste reicht von Paul Löbe bis zu dem Völkischen Reinhold Wulle. Der Name des NS-Polizeipräsidenten und für die Reichstagsbrandstiftung mitverantwortlichen Grafen Helldorf, der mit dem Gauleiter Josef Wagner in der Folge des 20. Juli hingerichtet wurde, fehlt darin so wenig wie derjenige von Kommunisten, die mit den Nazis gemeinsame Sache gegen die Republik gemacht haben. 403 von den genannten Abgeordneten wurden verhaftet, 311 kamen kürzere oder längere Zeit ins Konzentrationslager, 59 in Zuchthäuser, ums Leben kamen mindestens 186, 46 wurden hingerichtet.

Die gegensätzlichsten Schicksale stehen bei Hammer nebeneinander. Sie sind aber im Rahmen dieses Buches, das jeden, der den Untergang der Republik und das "tausendjährige Reich" mit seiner Katastrophe miterlebte, tief berührt, nicht nur zusammengefasst auf Grund der Tatsache, dass sie alle einmal freigewählte Abgeordnete eines deutschen Parlaments waren, dass sie unter Hitler Hab und Gut, Freiheit, Gesundheit, Heimat oder Leben oder dies alles zusammen verloren. Sie gehörten zu der gewissen organisatorisch nicht bestimmbareren Einheitsfront, die nur unter der totalen Unfreiheit, unter Terror, mangelnder Aussprache und gehemmtem Unterscheidungsvermögen, im Gefühl gemeinsamen Hasses gegen die Unterdrücker und der Sympathie für ihre Opfer denkbar war. Es handelte sich gewiss nicht um eine politische Einheitsfront. Als das Klima der Gefängniszelle, das sie alle, frei oder unfrei, umging, 1945 zerstob, wurde die Unwirklichkeit offenbar.

Dass es eine solche "Front" einmal gegeben hat, ist heute fast

vergessen. Jüngere werden sich davon kaum eine Vorstellung mehr machen können. Das Buch Hammers mag ihnen vom Standpunkt der Gegenwart wie eine Seltsamkeit vorkommen. Für alle Älteren bringt das Buch nachdenkliche wertige Erinnerungen herauf, Erinnerungen an Tragisches, an Verstrickung und Unheil, an Grösse und Resignation, an Typen, die Repräsentanten deutscher Selbstzersetzung waren, wie an solche, die die guten Kräfte unseres Volkes zu bewahren und zu entwickeln trachteten.

Hammer hat eine Rückschau auf die Hitlerzeit geliefert. Nicht jeder wird jede persönliche Charakteristik gutheissen. Aber die Erinnerungen, die der Verfasser heraufbeschwört, sind heilsam.

Das Buch ist entsprechend ausgestattet. Es wird seine Leser und Betrachter finden.

*

(Erschienen bei "Europäische Verlagsanstalt," Frankfurt am Main, 120 S. Text und 134 teils ganzseitige Abbildungen. Geb. DM 14.50.)

+ + +

Unerträgliche Verzögerung

von Ernst Paul, MdB.

Man vergegenwärtige sich den zeitlichen Ablauf: Am 13. September unterzeichneten Bundeskanzler Dr. Adenauer und Ministerpräsident Bulganin in Moskau das Schlusskommuniqué, in dem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland und der beiderseitige Austausch von Botschaftern vereinbart wurde. Der Deutsche Bundestag billigte in Anschluss an den vom Bundeskanzler als Regierungserklärung vorgetragenen Bericht über die Moskauer Verhandlungen nach ausführlicher Besprechung deren Resultat einmütig. Dies geschah in der bemerkenswerten Sitzung vom 25. September.

Seither sind mehr als zwei Monate ins Land gegangen. Die Moskauer Herren schienen mit dem schleppenden Verlauf der Abwicklung der Vereinbarung unzufrieden zu sein, waren verschnupft und hielten als Faustpfand die Gefangenen zurück. Aber nicht diese Umstände sollen hier untersucht werden. Es sei zugegeben, dass der Umweg über Paris, wo allein die Bundesrepublik durch ihren Botschafter, Herrn von Kaltzan, die diplomatische Plattform für technische Gespräche mit dem dortigen Botschafter der Sowjetunion besitzt, zeitraubend und verzögernd wirkt. Es sei weiter zugegeben, dass Dr. Adenauers Erkrankung einen raschen Ablauf dieser Gespräche nicht förderlich war. Denn wir haben nicht nur einen Aussenminister - wir haben auch einen Bundeskanzler, der nicht

9.12.1955

nur die Richtlinien der Politik der Bundesregierung bestimmt.

Inzwischen ist der sowjetische Teil der Angelegenheit in Ordnung gekommen. Die Sowjetunion ernannte Herrn Zerin zu ihrem Botschafter in der Bundesrepublik und suchte für ihren Bevollmächtigten am 27. Oktober um das Agrément an. Die Bundesrepublik erteilte dieses - wieder auf dem unvermeidlichen Umweg über Paris am 24. November. Wir wissen also seit langem, wer Botschafter des Kremls in Bonn sein wird. Wir wissen auch, dass bereits ein Vorkommando in der Bundeshauptstadt eingetroffen ist und für einen würdigen Empfang ihres Missionschefs sorgen wird.

Was wir jedoch nicht wissen, ist, wer die Bundesrepublik in der Sowjetunion vertreten wird! Nach mehr als zwei Monaten sind nicht nur die Bürger, sondern auch die Volksvertreter so klug wie zuvor. Ob das Auswärtige Amt, ob die Bundesregierung schon weisse, wer unser erster Botschafter in Moskau sein wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Völliges Dunkel liegt bis zur Stunde über dieser Frage.

Natürlich hat sich die politische Spekulation des Themas bemächtigt. In den Wandelgängen des Bundestages, in der Presse und im Ausland wurden Namen genannt und meistens am gleichen Tage wieder verworfen. Wer heute als erster im Rennen zu liegen schien, schied entweder selbst aus oder wurde ausgeschieden. Wir wissen nichts. Wir wissen nicht, wird unser Botschafter in der Sowjetunion ein bisheriger Parlamentarier oder ein Routinediplomat sein, wird er aus der Wirtschaft kommen oder aus der Ministerialbürokratie. Wir erfuhren lediglich von Prof. Erhard, dass eine Entscheidung darüber, ob sein Staatssekretär Westrick ernannt werde, noch nicht gefallen sei.

Dieser Zustand ist unwürdig. Das monatelange Tauziehen um die Person des Botschafters der Bundesrepublik in der Sowjetunion - von seinem Stabe ganz zu schweigen - ist aber auch schädlich in der Sache. Es erhöht auch keineswegs die Reputation dessen, dem schliesslich das schwere und verantwortliche Moskauer Amt zufallen wird. So kann man die Besetzung eines der wichtigsten diplomatischen Posten nicht vornehmen!

Längst schon hätte die Bundesregierung von sich aus zumindest den Bundestagsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten informieren müssen. Aber dazu hat man offenbar weder Zeit noch Gelegenheit. Denn der Außenminister und sein Staatssekretär müssen - sicher, wie wir nicht bezweifeln, oft in gewichtigen Angelegenheiten - immer gemeinsam und gleichzeitig - im Ausland weilen. Trotz seines nicht unerheblichen Apparats mit einem Etat von 175 Millionen DM, in diesem Jahr 186 Mill. im kommenden Jahre, hat es bei unserem Auswärtigen Amt noch nicht zu einem zweiten nicht reisenden Staatssekretär gereicht. Armes AA!

Man komme uns nicht mit dem Einwand, dass es sich bei der Bestellung eines Botschafters um eine Angelegenheit der Exekutive handle. Die Bundesregierung selbst hat die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion für so wichtig angesehen, dass sie die Abmachungen des Herrn Bundeskanzlers mit Herrn Bulganin dem Parlament vorlegte. Sie sollte, in Konsequenz ihrer eigenen Haltung, wenigstens den zuständigen Bundestagsausschuss über ihre Absichten - oder Schwierigkeiten - unterrichten. Aber auch das deutsche Volk hat endlich Anspruch darauf, zu erfahren, wer es in Moskau vertreten soll.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau